

Nachhaltigkeit und soziale Ungleichheit

Warum es keine Nachhaltigkeit ohne soziale Gerechtigkeit geben kann

ein Impulsvortrag von Davide Brocchi, Köln

Seit einiger Zeit ist Nachhaltigkeit ein viel beanspruchtes Schlagwort, vor allem vor dem Hintergrund der Klimakrise. Aber nicht alle meinen das gleiche damit und der Begriff wird oft missbraucht. Deshalb soll hier zunächst das Verständnis von Nachhaltigkeit geklärt werden. Dies leitet zur Behandlung der Frage über, warum soziale Ungleichheit nicht nachhaltig ist und warum sie trotzdem in der Nachhaltigkeitsdebatte zu kurz kommt, obwohl es keine wirkliche Nachhaltigkeit ohne Gerechtigkeit geben kann. Dann gehe ich auf die Frage ein, was soziale Nachhaltigkeit ausmacht und was sie bewirkt. Schließlich möchte ich erklären, warum eine Transformation zur Nachhaltigkeit neue Allianzen benötigt.

1. Nachhaltigkeit

Wenn wir an nachhaltige Entwicklung denken, dann orientieren wir uns oft am institutionalisierten Diskurs, der im Rahmen der Vereinten Nationen geführt wird. Dieser Diskurs drückt sich in einer Reihe von Dokumenten aus. Relativ bekannt sind der Brundtland-Bericht von 1987, die Agenda 21, die 1992 in Rio de Janeiro verabschiedet wurde, sowie die 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung. Natürlich ist es zu begrüßen, dass sich die Vereinten Nationen mit Umwelt, Klima und Gerechtigkeit auseinandersetzen. Trotzdem verdienen einige Aspekte eine kritische Auseinandersetzung.

1.1. Institutionalisierte Nachhaltigkeitsdiskurs

Zuerst leiden die Dokumente der Vereinten Nationen unter der gleichen sozialen Blindheit wie die Entwicklungspolitik der Nachkriegszeit. Natürlich wird das Problem der Armut erkannt; natürlich ist das explizite Ziel eine Überwindung der Armut. Was nicht zur Sprache kommt, ist der Zusammenhang zwischen Armut und Reichtum. Wie kann man die Benachteiligung der einen überwinden, wenn man nicht bereit ist, die Privilegien der anderen infrage zu stellen?

Auch im institutionalisierten Nachhaltigkeitsdiskurs werden soziale Asymmetrien reproduziert. Zum Beispiel wird die Verantwortung der Verbraucher betont, aber nicht unbedingt jene der Unternehmen. Man fördert die Bildung für nachhaltige Entwicklung, doch gemeint sind die Bürgerinnen und Bürger, nicht unbedingt die Regierenden. Auch in der Nachhaltigkeitsdebatte sieht sich der reiche Norden oft als Vorbild für die Entwicklung im Süden.

Der institutionalisierte Nachhaltigkeitsdiskurs findet von oben nach unten statt, während die Demokratie nicht zu den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung gehört. Die Vereinten Nationen sind eben eine Organisation von Regierungen, die besondere Interessen vertreten – und Klimaschutz und Gerechtigkeit stehen dabei nicht immer ganz oben.

Zweitens ist die Nachhaltigkeit in diesem Diskurs oft die Aufgabe eines Ressorts neben den anderen, meistens des Umweltministeriums, während alle anderen Ministerien ihr „business as usual“ fortführen dürfen. Nachhaltigkeit findet sozusagen neben der dominanten nichtnachhaltigen Entwicklung statt. Das Alltagsgeschäft wird nicht grundsätzlich infrage gestellt.

Drittens werden in diesem Diskurs teilweise Modelle, Strategien und Instrumente neulegitimiert, die überhaupt erst zur globalen Krise geführt haben. Oft wird Nachhaltigkeit auf eine Frage der Innovation reduziert, doch der sogenannte Fortschritt ist auch eine Ursache der heutigen Probleme. Auch Elektroautos werden nicht aus Luft gebaut, auch sie lösen sich nicht in Luft auf. Jede Technologie bringt immer eine Umweltbelastung mit sich, gerade wenn sie zu einer Massenproduktion führt. So wie es die nachhaltige Finanzanlage gibt, so soll es so etwas wie „nachhaltiges Wachstum“ geben. Auch in Bezug auf den Klimaschutz fokussiert sich die Debatte auf ein Mehr: mehr Investitionen, mehr Windräder, mehr Radwege. Über die Reduktion des Stromverbrauchs, des Autoverkehrs und des Massenkonsums wird hingegen weniger gesprochen. Warum müssen wir immer weiterwachsen, wenn wir auch gerecht umverteilen und mehr miteinander teilen können?

Diese Punkte erklären vielleicht, warum seit fünf Jahrzehnten von Nachhaltigkeit die Rede ist, aber politische Versprechen und tatsächliche Entwicklung immer weiter auseinanderklaffen. Nicht immer stimmen die deklarierten Ziele der Politik mit den realen überein. Wie Albert Einstein schon sagte: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

1.2. Visionen einer anderen Entwicklung

In den 1980ern legitimierte Margaret Thatcher ihre neoliberale Politik lediglich mit dem Satz „There is no alternative“. Diesem Beispiel folgten später leider viele andere Politiker. Nachhaltigkeit sollte daher als Gegenentwurf zur Politik der künstlichen Alternativlosigkeit

verstanden werden. Sie ist ein Dachbegriff für Visionen einer anderen Entwicklung jenseits von Fortschrittsmythos und Wachstumszwang.

Nachhaltigkeit ist einerseits eine Notwendigkeit, weil es um die Frage des Umgangs mit Krisen geht, die uns in eine Sackgasse führen können. Die Finanzkrise oder die Klimakrise sind keine natürlichen Ereignisse, sondern das Ergebnis einer bewusst verfolgten Entwicklung. Der Biogeograf Jared Diamond stellte sich die Frage, warum Gesellschaften katastrophale Entscheidungen treffen. Es ist nicht ein Problem allein, das eine Gesellschaft zum Untergang führt; es ist nicht das Klima, das unsere Existenz gefährdet. Entscheidend ist hingegen, wie eine Gesellschaft auf ihre Probleme reagiert oder nicht reagiert. Dabei spielen soziale und kulturelle Faktoren eine zentrale Rolle.

Aus dieser Perspektive ist Nachhaltigkeit ein Synonym für Widerstandfähigkeit und Krisenresistenz, in einem Wort von *Resilienz*. Resilienz ist ein Begriff, der aus der Medizin und der Psychologie kommt. Man hat nämlich festgestellt, dass Individuen ganz unterschiedlich auf die gleiche Krankheit reagieren. Was die einen in den Tod führt, kann bei den anderen die Abwehrmechanismen stärken. So ähnlich ist es für soziale Systeme: Staaten, Regionen, Gemeinden, aber auch Institutionen, Unternehmen und Sozialeinrichtungen. Was senkt also ihre Vulnerabilität und was stärkt ihre Resilienz?

Nicht nur ökologische Monokulturen sind anfällig für Krisen, sondern auch ökonomische und geistige. Hingegen ist Vielfalt ein Fundament der Resilienz von Ökosystemen genauso wie von sozialen Systemen. Insofern ist eine plurale Ökonomik resilienter als eine globalisierte Marktwirtschaft.

Nachhaltigkeit ist andererseits eine Chance, weil es dabei um die Frage des guten Lebens geht. Das erste Prinzip des guten Lebens? Es gibt kein gutes Leben auf Kosten anderer, künftige Generationen inbegriffen. Das zweite Prinzip: Kein gutes Leben kann fremdbestimmt sein. Nachhaltigkeit bedeutet eher Emanzipation als Verzicht. Es geht bei der Nachhaltigkeit auch um die Frage, wer die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt. Welche Interessen werden zum Beispiel in der Stadtentwicklung vorgezogen: die Rentabilität der Investoren oder die Bedürfnisse der Bewohnerschaft? Gutes Leben benötigt Augenhöhe zwischen den Interessen und den Perspektiven. Gutes Leben meint Teilhabe, Mitbestimmung und Mitgestaltung.

Während im bisher dominanten Modell der Modernisierung Wohlstand mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt wird, steht Nachhaltigkeit für ein multidimensionales Verständnis von Wohlstand. Das Bruttoinlandprodukt reicht nicht aus, um Wohlstand zu definieren, auch ökologische und soziale Indikatoren müssen einbezogen werden.

2. Soziale Ungleichheit

Soziale Ungleichheit meint eine Beziehung, in der nicht nur Reichtum und Ressourcen, sondern auch Macht, Status, Chancen oder Wissen ungleich verteilt werden. Beziehung bedeutet, dass es keine Privilegien ohne Benachteiligung geben kann und umgekehrt. Man kann das eine nicht ohne das andere ändern. Bei der sozialen Ungleichheit handelt es sich meistens um *Strukturen*, und dafür gibt es verschiedene Gründe:

- Formen der Ungleichheit überschneiden sich. Zum Beispiel hat, wer reicher ist, oft mehr politischen Einfluss, eine bessere Bildung, also mehr Karrierechancen.
- Soziale Ungleichheit wird produziert und reproduziert – und zwar durch Selektionsmechanismen (auch kultureller Art), die zwischen Inklusion und Exklusion, Beförderung und Benachteiligung oder zwischen Wertschätzung und Abwertung entscheiden.
- Zur Gesellschaft gehören nicht nur Menschen, sondern auch Dinge (Bruno Latour), auch sie werden ungleich behandelt oder erzeugen selbst Ungleichheit. Ein Beispiel: Die Banken gelten als „systemrelevant“ und werden gerettet, das Klima nicht.
- Soziale Ungleichheit hat die starke Tendenz zur Selbstreproduktion: die einen erben riesige Vermögen, ohne dafür etwas leisten zu müssen, während die anderen Armut erben, aus der sie aus eigener Kraft nie finden können.

Oft werden soziale und ökologische Belange gegeneinander ausgespielt (z. B. Arbeitsplätze gegen Umweltschutz); tatsächlich sind sie meistens Opfer der gleichen Entwicklungslogik. Was zu einer steigenden Ungleichheit führt, bringt oft auch das Verhältnis zwischen sozialem System und Umwelt durcheinander. Wie ist dieser Zusammenhang zu erklären?

2.1. Zur Nichtnachhaltigkeit sozialer Ungleichheit

In den letzten 5000 Jahren war die Spaltung zwischen Elite und Masse eine wesentliche Ursache von gesellschaftlichem Untergang, zum Beispiel jene zwischen Patriziern und Plebejern im römischen Reich. Das ist das Ergebnis einer Studie von 2014 aus den USA.¹ Warum ist die soziale Ungleichheit eine wichtige Ursache des gesellschaftlichen Untergangs?

Erstens, weil die Elite größere Schwierigkeiten hat, sich von einem Entwicklungspfad zu trennen, der sie lange Zeit begünstigt hat und der entsprechend als erfolgreich empfunden wird. Zweitens, weil die Elite als letzte den Ernst der Lage erkennt: Ihr Wohlstand wirkt sich

¹ Motesharrei, Safa, Rivas Jorge, und Kalnay Eugenia (2014): Human and nature dynamics (HANDY): Modeling inequality and use of resources in the collapse or sustainability of societies. In: Ecological Economics 101 (5). Pp. 90–102.

nämlich abfedernd auf jede Krise aus. Drittens, weil die ärmeren Massen die Krise zwar viel früher spüren, aber nicht reagieren: bestehende Hierarchien machen sie abhängig von der Elite, sei es aufgrund politischer Machtstrukturen, durch Lohnabhängigkeit oder beides.

Es gibt mindestens acht Gründe, warum soziale Ungleichheit nicht nachhaltig ist und das Entstehen bzw. die Verschärfung von Krisen begünstigt:²

(1) **Unser Wohlstand ist auf Kosten anderer.** Die soziale Ungleichheit ermöglicht eine Internalisierung der Vorteile der Entwicklung (Reichtum, Ressourcen, Wohlstand...) und gleichzeitig eine Externalisierung der Nachteile (Kosten, Abfall, Armut, Konflikte...).³ Diese Logik gilt in dem Verhältnis von Technosphäre und Biosphäre, Industrieländern und Entwicklungsländern, Zentren und Peripherien, Eliten und Massen sowie von gegenwärtigen und künftigen Generationen. Was für uns Wachstum ist, bedeutet Rezession für die anderen. Die Profite werden privatisiert, die Kosten sozialisiert: So ist es mit der Finanzkrise von 2008 gewesen. Diese Entwicklungslogik verursacht eine wachsende Unordnung in der sozialen und ökologischen Umwelt. Weil jedes soziale System zu seiner Umwelt gehört, kann die Unordnung irgendwann das System selbst treffen: so ist es mit dem Klimawandel oder mit sozialen Konflikten. Um dies zu vermeiden, werden Dämme, Grenzanlagen und Mauern gebaut: Diese schützen jedoch nicht nur den Wohlstand, sondern auch die Ursachen der Unordnung. Denn unser Massenkonsum basiert auf Ausbeutung.

Die Grenzen innerhalb und außerhalb der Gesellschaft wirken sich wie „Sortiermaschinen“ aus.⁴ Die reichen Menschen können überall hinfliegen, für sie bedeutet Globalisierung offene Grenzen. Für die ärmeren Menschen sind die Grenzen hingegen geschlossen. Die Sortiermaschine entscheidet zwischen Inklusion und Exklusion oder Beförderung und Verweigerung. Sortiermaschinen gibt es auch innerhalb der Universitäten, in Ministerien oder in Betrieben.

(2) **Die soziale Ungleichheit führt zu einer ungleichen Wahrnehmung derselben Entwicklung.** Auch innerhalb der Städte gibt es wohlhabende und benachteiligte Stadtteile – und die jeweilige Bewohnerschaft pflegt ganz unterschiedliche Perspektiven auf die Gesellschaft. Köln-Rodenkirchen ist sehr wohlhabend, hier leben die Menschen im Grünen, die Autodichte ist aber besonders hoch: 491 Pkw pro 1.000 Einwohner (Stand: 2016). In Köln-Kalk sind die Menschen ärmer und viele können sich kein Auto leisten: Hier beträgt die Autodichte 337 Pkw je 1.000 Einwohner. Die

² Brocchi, Davide (2019): Nachhaltigkeit und soziale Ungleichheit. Warum es keine Nachhaltigkeit ohne soziale Gerechtigkeit geben kann. Wiesbaden: Springer.

³ Lessenich, Stephan (2017): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin: Hanser.

⁴ Mau, Steffen (2021): Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenzen im 21. Jahrhundert. München: C.H. Beck.

Menschen, die mehr Verkehr verursachen, leben also im Grünen. Ärmere Menschen müssen hingegen an befahrenen Straßen wohnen, weil dort die Mieten niedriger sind. Wenn dauerhaft arme Menschen im Durchschnitt zehn Jahre früher sterben, dann hat dies auch damit zu tun.⁵

Der ökologische Fußabdruck nimmt mit dem Einkommen zu: Für Akademiker ist es heute relativ normal zu fliegen. Den reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung, so ein Bericht von Oxfam, ist die Hälfte der CO₂-Emissionen zuzuschreiben.⁶ Aber den höheren Preis für den Klimawandel zahlen die Armen. Warum sollten die Eliten auf ihre Privilegien verzichten, wenn sie mit den Kosten ihres Handelns kaum konfrontiert werden?

(3) Soziale Ungleichheit hemmt die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Gruppen und den unterschiedlichen Perspektiven.

Prozesse der sozialen Entmischung führen dazu, dass jede Schicht in einer eigenen Wirklichkeit lebt. Die oberen Schichten bleiben immer mehr unter sich und verlieren den Kontakt zu bedeutenden Teilen der gesellschaftlichen Realität. Solche Derealisierungsprozesse sind eine wesentliche Quelle von Krisen, und diese machen uns erst eine Realität bewusst, die wir bis dahin verdrängt haben, so zum Beispiel bei der Klimakrise. Die physische und psychische Distanz verhindert zudem das Mitgefühl für die Opfer des eigenen Handelns. Da, wo es Distanz gibt, kann sich keine Empathie entwickeln.

(4) Reichtum und/oder Macht vermitteln das trügerische Gefühl, gegen jede

mögliche Krise abgesichert zu sein. Hitze, Dürren und Überschwemmungen? Wer Geld hat, kann eine Klimaanlage installieren, im schlimmsten Fall wegziehen. Unter den Opfern des Hurrikans Katrina 2005 in New Orleans waren vor allem Menschen, die kein Geld hatten, um die Stadt zu verlassen.

Wenn der mächtigere Teil der Weltgesellschaft die Folgen der eigenen Entscheidungen nicht erleiden muss und für die Kosten nicht haftet, dann fördert dies seine Risikobereitschaft – ein Phänomen, das „Moral Hazard“ genannt wird. Im Kalten Krieg waren die Atombunker mindestens genauso gefährlich wie die Atombombe selbst, weil sie den Generälen das Gefühl vermittelten, einen Atomkrieg überleben zu können.

⁵ Bolz, Ben; Soliman, Tina (2017): Lebenserwartung: Wer wenig hat, ist früher tot. In: Panorama (NDR) 02.03.2017. <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2017/Lebenserwartung-Wer-wenig-hat-ist-frueher-tot.armreich106.html> (Zugriff: 17.10.2021).

⁶ Oxfam Deutschland (2015): Die reichsten 10 Prozent verursachen die Hälfte der weltweiten Treibhausgase. Comunicazione stampa del 2.12.2015. Berlin: Oxfam Deutschland. <https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2015-12-02-oxfam-reichsten-10-prozent-verursachen-haelfte-weltweiten> (Zugriff: 15.09.2021).

- (5) **Soziale Ungleichheit hemmt das miteinander Teilen und erschwert die Kooperation für eine gemeinsame Lösung von Problemen.** Durch soziale Ungleichheit wird die „Tragödie der Allmende“ also wahrscheinlicher. Bei den UN-Klimakonferenzen hat der Interessenkonflikt zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern eine gewisse Tradition.
- (6) **Wer von der gesellschaftlichen Entwicklung profitiert, hat oft mehr Macht. Wer am stärksten mit den Kosten konfrontiert ist, kann an der eigenen Situation kaum etwas ändern.** Wirtschaftsinteressen beeinflussen die Politik vor allem durch Lobby-Arbeit. Zwei Drittel der 15.000 bis 30.000 Interessenvertreter in Brüssel arbeiten für die Wirtschaft,⁷ auf einen Finanzpolitiker im deutschen Bundestag kommen fast 40 Finanzlobbyisten.⁸ Während sich die oberen Schichten von der Politik gut vertreten fühlen, haben viele Menschen in den unteren Schichten resigniert. Dies spiegelt sich in der Wahlbeteiligung wider: Bei der Bundestagswahl 2021 in Deutschland gingen im reichen Stadtteil Köln-Hahnwald 91 Prozent der Wahlberechtigten wählen, im armen Köln-Chorweiler 44 Prozent.⁹
- (7) **Ein großer Teil der Wirtschaftsleistung dient der Konkurrenz um Status.** Sozialer Status drückt sich auch über die Dinge aus, mit denen wir uns umgeben. Deshalb fahren Menschen ein SUV, auch wenn dies deutlich teurer ist. Der Wettbewerb um Status findet auch innerhalb der Schichten statt, da sich Menschen vor allem horizontal vergleichen und nicht vertikal. Ein Vorstandsvorsitzender mit einem Gehalt von 12 Millionen Euro pro Jahr hat einen höheren Status als einer, der „nur“ 3 Millionen Euro bekommt.¹⁰ In Frankfurt am Main ist der Status einer Bank an der Höhe des Hochhauses erkenntlich. Aber auch in den unteren Schichten fahren Arbeiter mitunter einen Mercedes, um den Eindruck zu vermitteln, „es geschafft zu haben“.
- (8) **Wachstumswang dient in westlichen Gesellschaften der Stabilisierung der schwierigen Kombination von Demokratie und sozialer Ungleichheit.** Die Erklärung liegt im „Paternoster-Effekt“.¹¹ Die unteren Schichten vergleichen sich mit den oberen Schichten und entsprechend fordern sie in einer Demokratie bessere

⁷ LobbyControl/CEO. 2012. Das EU-Viertel. Köln: LobbyControl e.V.

⁸ Bürgerbewegung Finanzwende e. V. (2020): Ungleiches Terrain. Eine Studie zu Größe und Einfluss der Finanzlobby in Deutschland. Berlin: Bürgerbewegung Finanzwende e. V..
<https://www.finanzwende.de/themen/finanzlobbyismus/studie-ungleiches-terrain/> (Zugriff: 17.10.2021).

⁹ Stadt Köln: https://wahlen.stadt-koeln.de/prod/BTW2021/05315000/presentation/uebersicht.html?wahl_id=47&stimmotyp=0&id=ebene_11 (Zugriff: 17.10.2021).

¹⁰ Tödtmann, Claudia (2018): Vorstandsgelälter - 5,8 Millionen Euro für einen Dax-Chef - im Schnitt. In: WirtschaftsWoche 12.07.2018. <https://www.wiwo.de/erfolg/management/vorstandsgelaelter-5-8-millionen-euro-fuer-einen-dax-chef-im-schnitt/22793772.html> (Zugriff: 17.10.2021).

¹¹ Butterwege, Christoph. 2020. Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Weinheim: Beltz Juventa. S. 110.

Lebensbedingungen. Heute dürfen auch die Massen Urlaub auf Mallorca machen. Dafür bewahren die oberen Schichten ihre Exklusivität, indem sie nun auf die Seychellen fliegen. Am Ende bekommt die ganze Gesellschaft immer mehr, ohne dass der Abstand zwischen den Schichten abnimmt. Auch die Massen im Westen sind zum Komplizen des Ausbeutungssystems geworden, obwohl ihr Fußabdruck deutlich geringer ist. In diesem Mechanismus liegt ein Treiber der zunehmenden Belastung unserer Lebensweise auf die Umwelt.

Soziale Ungleichheit ist nicht nachhaltig, und trotzdem gibt es sie immer noch. Es stellt sich deshalb die folgende Frage:

2.2. Wie kann soziale Ungleichheit *trotzdem* bestehen?

Erstens durch Gewalt und Gewaltandrohung. In vielen Ländern herrschen autoritäre Regime. Eine relative Form von Demokratie, Pressefreiheit und Menschenrechte ist nur in wenigen Ländern der Welt vorhanden – und selbst in Italien, Österreich oder Deutschland gibt es Luft nach oben. Ausbeutungsverhältnisse werden auch durch Entwicklungspolitik aufrechterhalten (s. Strukturanpassungsmaßnahmen), im Extremfall sogar militärisch. Die USA sind nicht nur das Land mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt und Massenkonsum, sondern auch mit den höchsten Rüstungsausgaben und Rüstungsexporten weltweit: nur ein Zufall?

Zweitens durch „strukturelle Gewalt“ (Johan Galtung). Die Kontrolle findet zum Beispiel über Geld statt: Die Abhängigkeit von Geld macht Menschen erpressbar. Auch Angsterzeugung ist eine bewährte Strategie der sozialen Kontrolle. Der Abbau des Sozialstaates hat zu einer verbreiteten Angst vor dem sozialen Abstieg in der ganzen Gesellschaft geführt. Solange es Arbeitslosigkeit und Prekariat gibt, sind Menschen eher bereit Überstunden zu leisten und sich mit einem niedrigeren Lohn zufrieden zu geben. Die Angst vor dem Terrorismus bringt die Menschen dazu, eine Beschneidung der Bürgerrechte zu akzeptieren, um eine höhere innere Sicherheit zu ermöglichen.¹²

Drittens durch die Kultur. Normalerweise erhöht die soziale Ungleichheit die Wahrscheinlichkeit von sozialen Konflikten, es sei denn, man erzieht die Menschen zur Ungleichheit. Die Kultur der Modernisierung bringt armen Menschen bei, dass sie selbst an ihrem Zustand schuld seien. Scham und Minderwertigkeitsgefühle sind Ausdruck einer verinnerlichten Ungleichheit, auch deshalb partizipieren ärmere Menschen weniger. Wenn Frauen oder Arbeiter Parteien wählen, die sie selbst benachteiligen, dann hat dies mit Kultur zu tun. Wenn sich ländliche Regionen genau das Entwicklungsmodell zu eigen machen, das

¹² Mausfeld, Rainer (2019): Angst und Macht. Frankfurt/Main: Westend.

sie bisher zu Verlierern gemacht hat, ebenfalls. So werden Einkaufszentren weitergebaut, obwohl sie Teile der lokalen Wirtschaft (z. B. den Einzelhandel) zerstören.

Wenn alle Menschen zum Wettbewerb trainiert werden, mit dem Versprechen, dass sie damit einen Platz an der Sonne ergattern können, dann haben es die Kooperation und die Solidarität sehr schwer in der Gesellschaft. Auch ländliche Regionen orientieren sich lieber nach oben und nach außen, anstatt nach innen (an den eigenen Bedürfnissen und Potenzialen). Nicht einmal die unteren Schichten halten zusammen, um gemeinsam die eigene Benachteiligung zu überwinden. Wenn jeder von uns heute mit 10.000 bis 13.000 Werbebotschaften konfrontiert wird (so die Fachleute),¹³ dann kann man nicht überrascht sein, dass auch das Proletariat eher vom neusten iPhone-Modell träumt als von der „Revolution“.

3. Soziale Nachhaltigkeit

Ich verbinde die soziale Nachhaltigkeit zuerst mit einem Paradigmenwechsel in der deutschsprachigen Nachhaltigkeitsdebatte. Er wurde von drei Ereignissen in den Jahren 2008-2010 ausgelöst: durch die Finanzkrise, durch das Scheitern der internationalen Klimaverhandlungen von 2009 in Kopenhagen sowie durch die Skandale um Großprojekte wie Stuttgart 21. Das Werk „Die Große Transformation“ von Karl Polanyi (1944) wurde wieder entdeckt. Seitdem rotiert die Nachhaltigkeitsdebatte um den Begriff der Transformation und dies bringt eine starke Verschiebung hin zur sozialen Dimension mit sich.

3.1. Die Transformation zur Nachhaltigkeit

In den Politikwissenschaften bedeutet Transformation „**Systemwechsel**“.¹⁴ Eine große Transformation war die industrielle Revolution. Für die Nachhaltigkeit brauchen wir heute eine ähnlich umfangreiche und tiefe Transformation. Systemwechsel bedeutet, dass Nachhaltigkeit das Alltagsgeschäft betrifft und nicht daneben stattfindet. Aber Systemwechsel bedeutet auch systemisches Denken: Wir müssen Ökologie, Ökonomie, Soziales und Kultur zusammen statt getrennt denken. Das ist kein moralischer Wunsch, sondern entspricht der Realität: „Alles hängt mit allem zusammen“ (Alexander von Humboldt).

Wenn eine zentralistische Top-down-Governance (von oben nach unten) zur globalen Krise geführt hat, dann brauchen wir für die Nachhaltigkeit eine andere Governance. In den Politikwissenschaften wird Transformation oft als Synonym von Demokratisierungsprozessen verwendet, zum Beispiel in den osteuropäischen Ländern nach 1989. Wir brauchen eine

¹³ Koch, Thomas (2018): Nie war die Botschaft so wertlos wie heute. In: WirtschaftsWoche 09.10.2018. <https://www.wiwo.de/unternehmen/dienstleister/werbesprech-nie-war-diebotschaft-so-wertlos-wie-heute/23163046.html> (Zugriff: 18.02.2021).

¹⁴ Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Opladen: Leske + Budrich.

Demokratisierung der Nachhaltigkeit, aber noch mehr eine Demokratisierung der Demokratie. Die Menschen identifizieren sich viel mehr mit Prozessen, die sie mitgestalten und mitbestimmen dürfen, als mit Entscheidungen, die über ihre Köpfe hinweg getroffen werden.

Demokratie ermöglicht ein friedliches Zusammenleben in der Vielfalt – und Demokratie will schon in einer Nachbarschaft gelernt werden, da sich die Interessen innerhalb der Bürgerschaft stark unterscheiden. Demokratie hat aber eine wichtige Voraussetzung: die Augenhöhe. Eine Demokratie kann nicht ohne sozialen Ausgleich und eine gerechte Umverteilung funktionieren.

Während die Entbettung der Wirtschaft von der Gesellschaft zur Finanzkrise geführt hat, brauchen wir für die Nachhaltigkeit eine **Wiedereinbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft**. Auf den liberalisierten Märkten herrscht das Gesetz des (Finanz-)Stärksten. Nicht die Demokratie muss sich dem Willen der Märkte unterordnen, sondern die Märkte dem Willen der Demokratie. Im Moment versucht man die Mieten in Deutschland zu senken, indem man immer mehr Häuser baut, doch das fördert nur die Spekulation. Das Spekulieren muss vielmehr unterbunden werden. Ein wichtiges Thema bei Polanyi sind die Gemeingüter. Der Boden, die Arbeit und das Geld dürfen nie zur Ware und zum Spekulationsobjekt werden, schreibt er.¹⁵ Zwischen Staat und Markt gibt es eine dritte Alternative: nämlich Gemeingüter, die von der Genossenschaft ihrer Nutzer selbstverwaltet werden dürfen.

Mit dem Transformationsbegriff hat sich auch ein **Local-Turn** in der Nachhaltigkeitsdebatte ereignet. Nachhaltig ist eine Entwicklung, die sich zum menschlichen Maß orientiert – und dem entspricht das Lokale und das Regionale viel mehr als das Globale. Menschen können sich mit der eigenen Gemeinde oder Region viel stärker identifizieren als mit dem Staat oder der Europäischen Union. Im Lokalen können Menschen persönlich miteinander interagieren – und Vertrauen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Stärkung der Demokratie und für die Schaffung einer fairen Ökonomie. Menschen, die das Auto miteinander teilen (car sharing), verursachen weniger Verkehr. Deshalb: Warum nicht im Lokalen und in den Regionen die Transformation vorantreiben?

Schließlich sollten wir die Transformation als **individuellen und kollektiven Lernprozess** begreifen und gestalten. Auch in ländlichen Regionen können lokale Reallabore initiiert werden, in denen Alternativen erprobt und weiterentwickelt werden, so dass die ganze Region daraus lernen kann. Kinder müssen ständig lernen, mit dem Neuen umzugehen. Die Transformation braucht Spielwiesen für Erwachsene, auch um neue Allianzen für die Transformation zu entwickeln.

¹⁵ Polanyi, Karl (1978): The great Transformation. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

3.2. Faktoren der Resilienz

Noch heute denken wir, dass die Finanzkrise Griechenland besonders hart traf. Noch härter traf sie aber Island, denn die Rettung der Banken hätte für das kleine Land den sicheren Bankrott bedeutet. Doch nach wenigen Jahren stand Island viel besser da als Griechenland. Wie ist das zu erklären? Ich nutze dieses Beispiel, um mögliche Faktoren der Resilienz herauszuarbeiten. Hier die wichtigsten:

- Es ist leichter, Probleme in kleinen sozialräumlichen Einheiten zu lösen: Island hat 400.000 Einwohner, Griechenland 11 Millionen. Für die Nachhaltigkeit brauchen wir eine **Orientierung am menschlichen Maß**, zum Beispiel eine Dezentralisierung statt Zentralisierung in der Governance. In der Schweiz sind die Institutionen, die den Bürgern näherstehen (die Ortsteile, die Gemeinden, die Kantone), die stärksten in der administrativen Hierarchie, nicht die schwächsten. Dort zahlen die Bürger/innen ihre Steuern den lokalen Institutionen, nicht dem Staat. Diese Autonomie macht die Gemeinden beweglicher in Bezug auf ihre Probleme. Das ist das Prinzip der **Subsidiarität**.
- Abhängigkeiten machen soziale Systeme verletzlicher. Das stellen wir gerade bei den hypervernetzten Märkten fest. So muss zum Beispiel die Autoindustrie in Deutschland die Produktion stoppen, weil keine Chips geliefert werden. Das Gegenteil von Abhängigkeit ist **Souveränität**. Island hat sich damals der Troika und dem Willen der Finanzmärkte nicht untergeordnet. Die skandinavische Insel hat darauf bestanden, die Privatbanken, die sich verspekuliert hatten, nicht mit Steuergeldern zu retten, sondern einfach Bankrott gehen zu lassen. So ist die Finanzkrise nicht zur Staatsverschuldungskrise geworden. Den Bankmanagern ist der Prozess gemacht und sie sind bestraft worden. Für die Nachhaltigkeit sollten Regionen mehr auf **Selbstentwicklung und Eigenständigkeit** (self-reliance) setzen. Der Schwerpunkt der regionalen Wirtschaft sollte die Selbstversorgung sein, die durch eine Diversifizierung der Produktion ermöglicht wird. Die Fremdversorgung und der Export sollten diese ergänzen, jedoch nicht ersetzen.
- In Griechenland sind die sozialen Ungleichheiten stärker, das fördert die Vulnerabilität. Menschen, die vor dem sozialen Abstieg Angst haben, sind unbeweglicher. In Island ist hingegen die **soziale Kohäsion** stärker, das fördert die Resilienz. Dort wo eine Atmosphäre des Vertrauens herrscht, fällt den Akteuren die Kooperation leichter. So bildeten die Isländer eine breite Bewegung, um die Rettung der Privatbanken zu verhindern. Ausdruck einer Kultur des Miteinanders ist eine starke ÖPNV-Infrastruktur als Alternative zum privaten Autobesitz oder ein starker Sozialstaat als Gegenentwurf zu einer Privatisierung der Probleme. Wir brauchen nicht

nur eine Umverteilung von oben nach unten, sondern auch eine Umverteilung vom Privatwesen zum Gemeinwesen.

- Wenn Menschen kooperieren und gemeinsame Lösungen erarbeiten, dann müssen sie in einer Demokratie die Möglichkeit haben, ihre Gemeinsamkeit politisch zu formalisieren. Deshalb macht eine **starke Demokratie** (direkte und gelebte Demokratie) soziale Systeme resilienter. Sie verhindert, dass Politik in einer „Wahrnehmungsblase“ stattfindet und zum Selbstzweck wird. So hat das isländische Volk 2010 die Regierung durch einen Volksentscheid gezwungen, die Banken nicht zu retten. Ganze 94 Prozent haben dafür gestimmt. Bürgerbeteiligung setzt woanders die Bereitschaft voraus, ein Stück Macht und Kontrolle abzugeben.
- Die isländische Regierung hat sich am Ende für einen Pakt mit den Bürgern statt mit den Banken entschieden. Nachhaltigkeit braucht **Public-Citizen-Partnerships** (PCP) statt Public-Private-Partnerships (PPP).
- Schließlich sind **kulturelle Faktoren** von Bedeutung. Die Frauen in Island haben eine stärkere Rolle im öffentlichen Leben und sorgen dafür, dass Politik anders gemacht wird. In manchen skandinavischen Ländern gibt es eine höhere Toleranz für Alternativen, die Griechen halten hingegen lieber an bestehenden Ordnungen fest, selbst wenn diese nicht nachhaltig sind.¹⁶

3.3. Faktoren des Wohlbefindens

Ein höheres Einkommen macht Menschen nicht unbedingt glücklicher. Menschen, die eine Million Euro pro Jahr verdienen, sind nicht zehn Mal glücklicher als jene, die 100.000 Euro verdienen. Das stellte schon der Wirtschaftswissenschaftler Richard Easterlin in den 1970ern fest. Das Phänomen ist noch heute als „Easterlin Paradox“ bekannt. Nachhaltigkeit bringt ein multidimensionales Verständnis von Wohlstand mit sich. Schauen wir uns die Studien der UNO zum Wohlbefinden der Menschen an. In folgenden Ländern waren die Menschen 2020 am glücklichsten:¹⁷

- (1) Finnland
- (2) Dänemark
- (3) Schweiz
- (4) Island
- (5) Norwegen

¹⁶ Vgl. Hofstede, Geert; Hofstede, Gert Jan (2011): Lokales Denken, globales Handeln. Interkulturelle Zusammenarbeit und globales Management. München: dtv.

¹⁷ Helliwell, John F.; Layard, Richard; Sachs, Jeffrey; De Neve, Jan-Emmanuel (eds.). 2020. World Happiness Report 2020. New York: Sustainable Development Solutions Net-work.
<https://happiness-report.s3.amazonaws.com/2020/WHR20.pdf> (Zugriff: 18.04.2020)

- (6) Niederlande
- (7) Schweden
- (8) Neuseeland
- (9) Österreich
- (10) Luxemburg

Was sind die wichtigsten Faktoren des Wohlbefindens?

- (1) **Soziale Grundsicherung** (33 % in der Gewichtung aller Faktoren). Eine soziale Absicherung für alle ist für das Wohlbefinden wichtiger als die private Freiheit, Kapital (auf Kosten anderer) zu akkumulieren und Vermögen zu erben. Menschen, die keine Angst vor dem sozialen Abstieg haben müssen, sind glücklicher. Eine Gesellschaft ohne Armut senkt den Stress in allen Schichten, nicht nur in den unteren. Wir brauchen deshalb wieder öffentliche Institutionen, die ihre Bevölkerung nicht den Marktkräften ausliefern, sondern zwischen den Interessen vermitteln und Kohäsion durch gerechte Umverteilung schaffen. In finnischen Schulen bekommen die schwächeren und nicht die stärkeren Kinder am meisten Unterstützung: Hier möchte man keinen zurücklassen. Die finnischen Schulen schneiden oft am besten in den PISA-Studien ab. Die Politik aus der Perspektive der Schwächeren und nicht der Stärkeren zu gestalten schafft einen ganz anderen Zusammenhalt in der Gesellschaft.
- (2) **Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf** (25%). Man kann nicht glücklich sein, wenn man die Grundbedürfnisse nicht befriedigen kann. Es ist leichter in Finnland glücklich zu sein als in Bangladesch.
- (3) **Erwartung, gesund zu bleiben** (20%)
- (4) **Freiheit** (13%)
- (5) **Großzügigkeit** (5%). Manche skandinavische Länder können Freiheit und ein starkes Gemeinwesen verbinden, und der Schlüssel ist ein Grundvertrauen. Großzügigkeit bedeutet, dass Menschen gerne mehr Steuern zahlen, wenn dies dazu beiträgt, dass es allen besser geht und es keine armen Kinder gibt.
- (6) **Vertrauen in die Institutionen** und keine Korruption (4%). Institutionen, die ihren Bürger/innen mehr Vertrauen schenken bzw. mehr zutrauen, lassen auch direkte Demokratie und kollektive Selbstverwaltung zu, ohne immer alles kontrollieren zu wollen. Bürger/innen, die ihre Institutionen als Ausdruck von Gemeinwohl sehen, nehmen an den Wahlen teil und zahlen auch gerne Steuern. Da in zentralistischen Systemen der Abstand zwischen Bürger/innen und Institutionen größer ist, kann keine persönliche Interaktion für mehr Vertrauen sorgen.

- (7) **Sorglosigkeit.** Man kann nicht glücklich sein, wenn sich eine Klimakatastrophe, eine Wirtschaftskrise oder ein Krieg anbahnt.

4. Neue Allianzen für die Transformation

Ein bisschen mehr Grün, Bio und Klima? Wer das Verhältnis zur Umwelt ändern möchte, muss die Verhältnisse innerhalb der Gesellschaft ändern. Dabei sind die genannten Faktoren der Resilienz und des Wohlbefindens entscheidend. Menschen identifizieren sich viel mehr mit Prozessen, die sie selbst mitbestimmen dürfen, als mit Entscheidungen, die über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Da politische Institutionen in einer tiefen Legitimationskrise stecken (s. niedrige Wahlbeteiligung), braucht es eine Erweiterung des Demokratieverständnisses und -raums. Wie wäre es, wenn es in jeder Nachbarschaft einen demokratischen und inklusiven, selbsteingerichteten und selbstverwalteten Raum (Agora) gäbe, in der die Bewohnerschaft selbst (mit-)entscheidet, ob es vor Ort ein Einkaufszentrum oder mehr Einzelhandel geben soll? Ob der Investor oder die Baugenossenschaft kaufen darf? Was in der Schweiz fast selbstverständlich ist, muss in Deutschland noch hart erkämpft werden.

Es gibt eine Alternative zwischen Staat und Markt, privat und öffentlich, nämlich Gemeingüter, die der Gemeinschaft ihrer Nutzer/innen gehören. Diese Form von Verwaltung ist unter bestimmten Bedingungen sogar am nachhaltigsten (Elinor Ostrom). Warum nicht die Regionen, die Gemeinden, die Straßen und die Wälder als Gemeingut betrachten bzw. zum Gemeingut machen? Dabei sind zwei Herausforderungen zentral:

- (a) die Kooperation in der Vielfalt. Auch in der Bürgerschaft gibt es nämlich unterschiedliche Interessen und Vorstellungen.
- (b) das Verhältnis mit den Institutionen, denn sie sollten den Bürger/innen dienen statt umgekehrt und als Ermöglicher statt nur als Ordnungshüter auftreten.

Bei beiden Herausforderungen spielen sowohl Augenhöhe als auch Vertrauen eine zentrale Rolle: Beides kann nicht vorausgesetzt werden, dafür muss man arbeiten. Eine echte Bürgerbeteiligung und eine Demokratisierung der Demokratie kann es nur dann geben, wenn man bereit ist, Macht und Kontrolle abzugeben. Weil Machtabgabe sehr wahrscheinlich nicht von allein vonstattengehen wird, braucht es eine „systemische Bewegung“,¹⁸ die Akteure aus Umwelt, Gewerbe, Sozialem und Kultur zusammenbringen kann. Die Vielfalt einer heterogenen Bevölkerung lässt sich am besten durch eine vielfältige Bewegung ansprechen und aktivieren – und diese Vielfalt (der Geschlechter, der Generationen, der Schichten usw.) sollte am besten schon im Keim der Transformation vertreten sein. Wenn die ökologischen,

¹⁸ Brocchi, Davide (2017): Urbane Transformation. Bad Homburg: VAS.

sozialen und kulturellen Belange Opfer derselben ökonomischen Logik sind, dann kann die Kraft ihrer Einheit am besten dafür sorgen, dass diese Logik überwunden wird. Eine „Allianz der Willigen“ (Mojib Latif) für die Transformation zur Nachhaltigkeit kann auch Teile der Institutionen beinhalten. Wie wäre es, wenn die sozialen Bewegungen die Nachbarschaften unterstützen würden, Transformationsschritte zum guten Leben in ihren eigenen Quartieren (Klimaschutz, Mobilitätswende, solidarische Wohnpolitik usw.) durch- und umzusetzen?

Für neue Allianzen sind Moderator/innen und Brückenbauer/innen genauso wichtig wie Begegnungsräume, die eine persönliche Interaktion jenseits von Blasen und Komfortzonen ermöglichen. Die Transformation selbst muss menschengerecht gestaltet werden. Die Region und das Lokale entsprechen dem menschlichen Maß mehr als das Globale. Von der Psychologie lernen wir, dass Menschen viel mehr Gefühlswesen sind als Denkwesen. Deshalb brauchen neue Allianzen nicht nur verbale und kognitive Formate (Workshop, Symposien, Konferenzen usw.), sondern auch Spielwiesen und Rituale, die Gefühle und Emotionen berühren. Alternativen, die erlebt und mitgestaltet werden dürfen, sind viel überzeugender als Alternativen, über die man nur reden darf. Egal, wie begrenzt die Spielwiese ist, ihre Wirkung ist immer stärker als bei einem Workshop. An diesem Ansatz orientiert sich zum Beispiel der „Tag des guten Lebens“ in Köln¹⁹, Berlin²⁰ und Wuppertal²¹.

Man sollte die Transformation als individuellen und kollektiven Lernprozess verstehen und gestalten. Dazu können auch lokale Reallabore und Realexperimente dienen. Jede Region, jede Stadt und jedes Quartier kann zu einem Ort des guten Lebens werden, wenn man darin lernt, mehr miteinander zu teilen.

© Davide Brocchi, 15.10.2021

Davide Brocchi (*1969 in Rimini) lebt in Köln, ist Dipl.-Sozialwissenschaftler und erforscht gesellschaftliche Transformationsprozesse in Theorie und Praxis. Er schließt gerade seine Promotion an der Universität Hildesheim ab. Weitere Informationen: <http://davidebrocchi.eu>

Link zum Dokument:

<https://www.davidebrocchi.eu/wp-content/uploads/2021/11/2021-nachhaltigkeit-soziale-ungleichheit.pdf>

¹⁹ <https://tagdesgutenlebens.koeln/>

²⁰ <https://tagdesgutenlebens.berlin/>

²¹ <https://www.guteslebenwuppertal.de/>